

Liebe Leser und Leserinnen

In diesem Dokument findet Ihr den „Bericht über die Kampagne gegen den internationalen Kongress.“

Selbst für mit der Materie nicht sehr vertrauten Personen wird das Studium dieses Pamphlets als eindrücklicher Beleg für den absoluten Realitätverlust von Lukaschenkos willigen Helfern erscheinen.

Hier werden alle Journalisten, welche sich mit den Verbindungen und Umtrieben Lengfelder beschäftigen „unseriös“, eine klar nach Genua führende Telefonnummer wird „über den Vatikan umgeleitet“, rechtsrechte Psychosekte werden zu „wertkonservativen Vereinigungen.“

Aus den mir vorliegenden Dokumenten geht zudem hervor, wie der DVTH, dass Otto-Hug-Institut und damit vor allem das Gespann Lengfelder und Frenzel ihr schmutziges Geschäft betreiben.

Die Pamphlete sind mit „ständige Ethik Kommission des DVTH“, mit „ständige Kommission für Rechtsfragen und int. Zusammenarbeit des DVTH“,.....etc. unterschrieben und sollen den Anschein von Seriosität und Glaubwürdigkeit vermitteln.

Kein Mitglied des DVTH, welches ich dazu fragte, war eine derartige Kommission bekannt nicht hatten sie eine Vorstellung davon, wer in einer solchen Kommission sitzen könnte.

Dieser Versuch, Verleumdungen „aufzuwerten“, wird auch in einem Schreiben des DVTH (Lengfelder), gerichtet an den deutschen Botschafter in Minsk, ersichtlich.

„Auf Bitte des Auswärtigen Amtes hin, informieren wir sie über die Person *****“ schreibt Lengfelder. Ein in Klammer gesetztes Kürzel/Zeichen, soll auf den angeblichen Auftraggeber verweisen.

Die Pressesprecherin des Auswärtigen Amtes, Frau Preusche, dazu: „Ein derartiges Zeichen gibt und gab es niemals im Auswärtigen Amt und es ist nicht üblich, dass das Auswärtige Amt Drittpersonen oder Vereine damit beauftragt, die deutschen Botschaften im Ausland über was auch immer zu informieren.“

Genug der Einleitung, genießen sie das folgende Dokument, welches an den Charakter einer „beruhigt die Sektemitglieder“ Schrift erinnert.....und ganz im Gegensatz zur üblichen Praxis sehr deversiv nur auf der Seite von OHSI hilft zu finden ist.

Manfred Maier

Bericht

zur Kampagne gegen den Internationalen Kongress

„20 Jahre Leben mit Tschernobyl – Erfahrungen und Lehren für die Zukunft“

14. – 17. September 2006 in Feldkirch, Vorarlberg, Österreich

Die Mitveranstalter des Kongresses

Otto Hug Strahleninstitut – MHM e. V., Deutschland

Deutscher Verband für Tschernobyl-Hilfe e. V., Deutschland

Stiftung „Ein Herz für Krebskranke Kinder“, Luxemburg

Prof. Dr. med. Dr. h. c. Edmund Lengfelder
Kongresspräsident

06.03.2006

Im Vorfeld des Internationalen Tschernobyl-Kongresses 14. – 17.09.2006 in Feldkirch, (ursprünglicher Kongresstermin 9.-12.03.2006) erschien am 12.01.2006 in der Wochenzeitung WOZ (Zürich) ein Artikel mit diffamierendem Inhalt, der sich gezielt gegen den Kongress richtet. Der Artikel wurde schnell international über Netze verbreitet. In unmittelbarer Folge wurde von einer kleinen Gruppe von Journalisten die gegen den Kongress gerichtete Berichterstattung in weiteren Medien und im Internet fortgesetzt. An dieser Verbreitung beteiligten sich, z. T. mit eigenen Kommentaren und Schriften, in auffälliger Eile und Intensität bestimmte Organisationen und Initiativen aus dem Spektrum der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) mit Bezug zum Tschernobyl-Thema.

Der Zeitpunkt der Kampagne, das Ausbreitungsmuster und spezifische beteiligte Akteure führten zu der Vermutung einer geplanten, zielgerichteten und konzertierten Kampagne gegen den Internationalen Tschernobyl-Kongress in Feldkirch und dessen Veranstalter. Diese Vorgänge haben aus der Gruppe der Veranstalter den Deutschen Verband für Tschernobyl-Hilfe, das Otto Hug Strahleninstitut und die Luxemburger Stiftung „Ein Herz für krebskranke Kinder“ veranlasst, eine Analyse der Tatbestände, der Sachverhalte und der Begleitumstände der Kampagne durchzuführen.

Aktionen in den Medien

1. Im Frühjahr 2005 entsteht aus der langjährigen Zusammenarbeit in den strahlenbelasteten Regionen von Belarus zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Stellen in Vorarlberg und dem Münchener Otto Hug Strahleninstitut die Initiative,

im Jahre 2006 zum 20-jährigen Gedenken an die Tschernobyl-Katastrophe einen Internationalen Kongress in Feldkirch abzuhalten.

2. Nach kurzer Zeit steht die Gruppe der Veranstalter fest:
Otto Hug Strahleninstitut – MHM e. V., das Land Vorarlberg, die Europäische Arbeitsgemeinschaft „Mut zur Ethik“, die Österreichische Ärztekammer, der Deutsche Verband für Tschernobyl-Hilfe e. V., die Luxemburger Stiftung „Ein Herz für krebserkrankte Kinder“ und die Hippokratische Gesellschaft Schweiz. Der Kongresstermin wird auf den 9.-12.03.2006 festgelegt. Es wird ein Programmkomitee berufen und der Mediziner Prof. Dr. Edmund Lengfelder, Strahlenbiologe an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Vorstand des Otto Hug Strahleninstituts, zum Kongresspräsidenten gewählt. Die erste Ankündigung des Kongresses wird im Juni 2005 mit Nennung aller Veranstalter der Öffentlichkeit national und international bekannt gemacht.

3. Das Programm wird erarbeitet, und 40 Experten werden als Referenten eingeladen. Ziel des Kongresses ist, solide und ungeschönte Informationen zu gesundheitlichen und sozioökonomischen Folgen der Reaktorkatastrophe in Ost und West zu erhalten, jedoch frei von Fanatismus und politischer Agitation.

Da Belarus, in dem 70 % des Fallout aus Tschernobyl niedergingen, bei weitem am stärksten durch die Katastrophe in den medizinischen und sozioökonomischen Folgen betroffen ist, werden 18 belorussische Spitzenvertreter ihrer Fachgebiete als Referenten eingeladen. In den folgenden Monaten wird die Kongressankündigung weiter in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie europaweit verbreitet, immer mit Nennung aller Veranstalter. Im Oktober 2005 erklärt die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA der Schweiz ihre Beteiligung am Kongress und an seiner Organisation durch Mitarbeit eines Tschernobyl-Fachmannes im Programmkomitee und durch zwei Referate. Im Dezember 2005 erklärt das Österreichische Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft seinen Beitritt zur Veranstaltergruppe.

4. Anfang Januar 2006 wird das fertige Programm des Kongresses mit allen Vortragsthemen und Referenten in die breite Öffentlichkeit versandt. Kurz danach erscheint am 12.01.2006 in der in Zürich herausgegebenen Wochenzeitung WOZ ein Artikel des Journalisten Jürg Frischknecht. In der Zeitung wird behauptet, eine Psychosekte VPM lade zum Tschernobyl-Kongress nach Feldkirch ein. Diese habe als Mitveranstalter „dicke Fische an Land gezogen“, wie das österreichische Umweltministerium und das Land Vorarlberg. Dann werden Beispiele genannt, wie der Kongress angeblich vom Netzwerk der Psychosekte durchdrungen sei. Unter den neun Veranstaltern finde sich, so die Zeitung, die Europäische Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik, der eine besondere Nähe zum VPM-Netzwerk nachgesagt werde, und die Hippokratische Gesellschaft Schweiz, „eine ÄrztInnen-Splittergruppe“ die selbst unter Medizinern kaum bekannt sei, aber auf ihrer Website VPM-Leute als Kontaktpersonen genannt habe. [11]
5. Zunächst ist, völlig unabhängig von der Frage einer möglichen oder wie auch immer gearteten Beziehung der Europäischen Arbeitsgemeinschaft „Mut zur Ethik“ zu einer Gruppe namens VPM, die Behauptung des Journalisten Frisch-

knecht in seinem Artikel, diese habe „dicke Fische an Land gezogen“, eine Falschmeldung. Denn sowohl die Initiative zum Kongress als auch die Gewinnung von Mitveranstaltern lag nur beim Münchener Otto Hug Strahleninstitut gemeinsam mit Vorarlberg.

6. Frischknecht hat bei der Vorbereitung seines Artikels zu keinem Zeitpunkt mit dem Kongresspräsidenten Kontakt aufgenommen, wie dies bei einer soliden Recherche eines Journalisten zu erwarten gewesen wäre und wie es zu den ethischen Regeln gehört, die für Journalisten in der Schweiz gelten.
7. Von folgenden Journalisten werden im Zusammenhang mit dem Kongress abwertende und kritisierende Artikel/Beiträge veröffentlicht, die dann in den jeweiligen Zeitungen, insbesondere auch im Internet eine große Verbreitung finden: Jürg Frischknecht (Wochenzeitung WOZ, Zürich), Susan Boos (Chefredakteurin WOZ, Zürich), Jutta Berger (Standard, Österreich, ehemals Landtagsabgeordnete der Grünen in Vorarlberg), Hugo Stamm (Tagesanzeiger, Zürich) und Manfred Maier (Schreibwerkstatt Genua). Maier nimmt in einem langen Schreiben vom 18.01.2006 an den Kongresspräsidenten Prof. Lengfelder ausführlich Bezug auf seine deutsche Journalistinnenkollegin Alexandra Cavalius, die 2001 im Magazin der Süddeutschen Zeitung über die belorussischen Professoren Bandaschewski und Nesterenko geschrieben hatte.
8. Die Mitglieder dieser Journalistengruppe sind untereinander befreundet. M. Maier erklärt in seinem Schreiben vom 26.01.2006, er sei überzeugt, „...dass ich in einer Sache nicht nur für mich, sondern für alle von Ihnen genannten Kolleginnen und Kollegen sprechen kann: JEDE und JEDER von uns ist entschieden gegen die Atomkraft.“ [19]
9. Auf der Titelseite der WOZ-Ausgabe vom 12.01.2006, wo der die Kampagne startende Artikel von Frischknecht abgedruckt war, schreibt die Redaktion: „Die atomkritische Ärzteorganisation PSR/IPPNW, die sich seit Jahren intensiv mit Tschernobyl beschäftigt, wurde nicht angefragt, ob sie beim Kongress mitmachen möchte.“ [4]

Es fällt gleich auf, dass die WOZ-Redaktion unter der großen Zahl der möglichen Organisationen mit intensivem Tschernobyl-Bezug gerade für die Schweizer PSR/IPPNW (Ärzte in sozialer Verantwortung/Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs) Partei ergreift und sich beklagt, dass diese nicht als Mitveranstalter eingeladen worden sei. Diese Parteinahme hat ihre Gründe.

10. Mit der Behauptung der Beteiligung einer sogenannten „Psychosekte“ als Mitveranstalter des Kongresses werden durch die Journalisten Ämter und Dienststellen der am Kongress beteiligten staatlichen Organe in Österreich und in der Schweiz konfrontiert.
11. Die Europäische Arbeitsgemeinschaft „Mut zur Ethik“ erklärt mit Schreiben vom 17.01.2006 ihr Ausscheiden aus dem Kreis der Kongressveranstalter mit folgendem Text [10]:

Verleumderische Darstellungen eines landesbekannten linksextremen Journalisten über die Arbeitsgemeinschaft „Mut zur Ethik“ im Zusammenhang mit dem Kongress „20 Jahre Leben mit Tschernobyl - Erfahrungen und Lehren für die

Zukunft“ haben bei Mitveranstaltern des Kongresses zu Fragen geführt. Die Darstellungen sind unzutreffend. Die Durchführung des Kongresses und sein wichtiges Anliegen sollen aber nicht durch eine Auseinandersetzung dieser Art gestört werden. Deshalb hat die Arbeitsgemeinschaft „Mut zur Ethik“ beschlossen, aus dem Kreis der Veranstalter auszuschneiden.

Mit einem sinnverwandten Schreiben erklärte auch die Hippokratische Gesellschaft Schweiz ihr Ausscheiden als Mitveranstalter [16]. Die Information über das Ausscheiden der beiden Organisationen wird durch die Kongressleitung unverzüglich öffentlich bekannt gemacht.

12. Jutta Berger schreibt im Standard in der Ausgabe vom 20.01.2006 [2] ebenfalls negativ über den Kongress und über den früheren, inzwischen ausgeschiedenen Mitveranstalter des Kongresses, die Arbeitsgemeinschaft „Mut zur Ethik“. Unter Bezug auf einen evangelischen Sektenbeauftragten spricht sie von einer „aggressiv-radikalen Psychogruppe“. Dass es auch Jutta Berger weniger um Sachinformation als um Stimmungsmache geht, ergibt sich daraus, dass sie in ihrem Artikel keinerlei Fakten nennt, mit denen sie ihre Behauptung begründen könnte.
13. Im Vorfeld zu ihrem Artikel führt Jutta Berger mit dem Kongresspräsidenten ein Telefoninterview. Für diesen wird schnell erkennbar, dass ihr nicht an sachlicher Berichterstattung, sondern an verfänglichen Aussagen gelegen ist. Der Kongresspräsident verlangt deshalb, die ihn betreffenden Textpassagen ihm vorab per Fax zur Freigabe zuzusenden. Jutta Berger sagt dies zu. Vier Seiten mit der Statuszeile „Pzwei. Pressearbeit“ werden von Bergers Arbeitsstelle in Vorarlberg gefaxt. Aber es sind vier leere Seiten. Dies ist eine bekannte, einfache Methode, eine Fax-Sendebestätigung für vier abgesandte Seiten zu erzeugen. Vom Büro des Kongresspräsidenten wird unverzüglich zurückgefaxt: „Wir haben von Ihnen 4 leere Seiten bekommen. Was wollen Sie uns senden? Bitte versuchen Sie es nochmals!“. Die Aufforderung bleibt ohne Antwort.
14. Der Artikel von J. Berger, Ausgabe des Standard vom 20.01.2006, erhält bereits am 19.01.2006 um 23:15 Uhr im Internet einen posting-Beitrag des Journalisten M. Maier (www.derstandarddigital.at): *„Dank dem Standard, Dank der Journalistin Jutta Berger. . . mit Verleumdungen und der Diskreditierung und Kriminalisierung von unbequemen Wissenschaftlern muss im Interesse der Tschernobyl-Opfer endlich Schluss gemacht werden.“* Obwohl in Bergers Artikel nichts über angeblich unbequeme Wissenschaftler steht, nimmt Maier genau darauf Bezug und lässt damit „die Katze aus dem Sack“. Damit wird offenkundig, dass man sich in der Journalistengruppe zu dieser Sache abgesprochen hat. Im gleichen posting-Beitrag zitiert Maier aus einem Schreiben, das ihm vorliege, in welchem *„unabhängige belarussische Wissenschaftler wie Prof. Bandaschewski, Prof. Nesterenko u.a.“* angeblich mit einem Gespinnst aus Verleumdungen, Lügen, Täuschungen, bösartiger Konspiration und Versuchen der Kriminalisierung überzogen würden.
15. Damit tritt auch zu Tage, dass der diffamierende Vorwurf „Psychosekte“ und ähnliches in der Zeitung zur Abwertung des Kongresses und von Mitveranstaltern benutzt wird, wohl weil die genannten belarussischen Wissenschaftler, mit denen man sich in der Journalistengruppe solidarisiert, auf dem Kongress kein Forum

erhalten. Haben Hörensagen-Geschichten zu dieser Solidarisierung geführt oder solide Recherche und Detailkenntnis?

16. Was die von den Journalisten wiederholt genannte Person Bandaschewski betrifft, so kennen die Wissenschaftler im Otto Hug Strahleninstitut Prof. Bandaschewski seit 1990. Eine Zusammenarbeit mit ihm gab es nicht, weder unter der früheren belorussischen Regierung mit Schuschkjewitsch/Kebitsch noch ab 1994 unter der Regierung Lukaschenko. Prof. Bandaschewski gilt bei vielen Organisationen im Westen als ein angeblich wegen unerwünschter Forschungsergebnisse von der belorussischen Staatsführung verfolgter Wissenschaftler.
17. Die Mitveranstalter des Kongresses, das Otto Hug Strahleninstitut, der Deutsche Verband für Tschernobyl-Hilfe und die Luxemburger Stiftung „Ein Herz für krebserkrankte Kinder“ beachten bei allen Programmen und Tätigkeiten in Belarus strikt den Grundsatz der politischen Neutralität, wie z. B. die Organisationen des Roten Kreuzes. Sie lehnen es ab, unter dem Deckmantel der Hilfe für die Opfer der Tschernobyl-Katastrophe mit politisch aktiven Gruppierungen (gleich welcher Richtung) innerhalb und außerhalb von Belarus zusammenzuarbeiten oder sich an der innenpolitischen Auseinandersetzung in Belarus zu beteiligen. Sie lassen sich auch nicht für politische Aktionen und Ziele instrumentalisieren.
18. In Sachen Prof. Bandaschewski ergibt sich aus den vorliegenden Mitteilungen des Außenministeriums, des Gesundheitsministerium und der Botschaft von Belarus in Berlin zum Gerichtsverfahren folgender Sachverhalt (Auszüge):

Am 13. Juni 1999 wurde der Rektor der Gomeler Medizinischen Hochschule J. I. Bandaschewski.... verhaftet wegen des Verdachts der Annahme von Bestechungsgeldern von Seiten von Studienbewerbern, die an der Medizinischen Hochschule immatrikuliert werden wollten....

Das Gesundheitsministerium verfügt über die nachgewiesenen Fakten, dass die ungenügenden Zensuren in den schriftlichen Arbeiten einiger Studienbewerber durch ausgezeichnete ersetzt wurden, wodurch sie an der Medizinischen Hochschule gesetzwidrig aufgenommen wurden... [12]

Im Verlauf der Ermittlungen wurde festgestellt, dass J. Bandaschewski als Vorsitzender der Aufnahme- und Prüfungskommission der Hochschule über den Prorektor für Erziehungsarbeit Wladimir Rawkow und Mitglieder einzelner Fachprüfungskommissionen von den Eltern von Abiturienten für die Aufnahme an die Hochschule Bestechungsgelder angenommen hat. [5]

Im Ermittlungsverfahrens haben sich mehr als 30 Fälle der Beteiligung von Bandaschewski an der Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von insgesamt 57 000 US Dollar bestätigt....

Dafür ist im Strafgesetzbuch nach Artikel 430/2 (Annahme der Bestechung begangen von einer Tätergruppe mit vorausgehender Verabredung) eine Haftstrafe bis zu 10 Jahren festgesetzt....

Am 18. Juni 2001 wurde er zu einer 8-jährigen Haftstrafe verurteilt.

Das Urteil wurde vom Obersten Gericht der Republik Belarus aufsichtlich überprüft und als rechtmäßig und begründet anerkannt. [1]

Strafmildernd hat das Gericht u. a. die positiven Arbeitszeugnisse der Hochschulen Grodno und Gomel, seine wissenschaftlichen Verdienste und seinen Gesundheitszustand gewertet. [5]

Einige Tage vor Verkündung des Urteils versuchte Herr Bandaschewski, der damals auf freiem FuÙe war, aber ohne behördliche Genehmigung seinen Aufenthaltsort nicht verlassen durfte, aus der Republik Belarus illegal auszureisen. Am 10. Juni 2001 wurde er am Grenzkontrollpunkt „Nowaja Guta“ festgenommen, als er versuchte, mit einem gefälschten ukrainischen Pass auf den Namen Iwan Krjatschko in die Ukraine auszureisen. [1]

Neben Bandaschewski wurden sechs Mittäter der Straftat ebenfalls zu verschiedenen Freiheitsstrafen verurteilt. [5]

Am 17. Oktober 2002 wurde die Haftzeit von Herrn Bandaschewski gemäß Amnestiegesetz um ein Jahr verkürzt. Am 6. August 2005 wurde Herr Bandaschewski unter Auflagen freigelassen. [1]

19. Unter derStandard.at/sales erfährt man, dass man Poweruser des Standards werden und „sich auffällig zu seinem Thema profilieren“ kann. Befasst man sich mit M. Maier etwas näher, so führt sein Telefonanschluss über Vatikanstadt nach Genua. Unter dem Namen M. Maier wurde seit 26.03.2003 bis zum Erscheinen des Artikels von Jutta Berger die phänomenale Zahl von **14 690** posting-Beiträgen zu Zeitungsartikeln des Standards veröffentlicht!

Allein im Monat Januar 2006 erschienen im Forum des Standard **394** posting-Beiträge zu den dort erschienen Zeitungsartikeln unter der Bezeichnung M. Maier. Er hat also alleine oder mit Angestellten täglich etwa 12 Beiträge zu Artikeln des Standards verfasst. Fachleuten im Medienbereich ist bekannt, dass Zeitungen, die auf Internetpräsenz großen Wert legen, verdeckt externe Mitarbeiter anstellen, die als eine Art künstlicher Verstärker der Zeitung fungieren und einen (vorgetäuschten) Response generieren.

20. Unter Bezug auf den SZ-Artikel [6] und einen ergänzenden Brief von A. Cavelius [7] aus dem Jahr 2001 (der in dem genannten Journalistenkreis erkennbar Verbreitung fand) erklärt M. Maier in seinem langen Schreiben vom 18.01.2006: *„Neben der Frage, billige und zuverlässige Strahlenmessgeräte von Prof. Nesterenko oder die teureren Apparate des Otto Hug Institutes beschäftigt erkennbar die Pektin-Frage die Wissenschaft und löst kontroverse Diskussionen aus.“ [18]*

Damit wird in der Journalistengruppe ausgesprochen, dass es auch um die „Pektin-Frage“ geht. Maier zitiert Cavelius, die sich 2001 auf einen von Nesterenko und Bandaschewski mitverfassten sehr kritischen Bericht über die Verschwendung von Forschungsgeldern durch das weißrussische Gesundheitsministerium berufen habe. Ferner seien laut Bandaschewski, so Cavelius, *„auch große Summen deutscher Gelder verschwendet“* worden.

21. Es ist möglich, dass hier M. Maier und A. Cavelius auf das erste große Projekt des Otto Hug Strahleninstituts 1991/92 in der Tschernobyl-Region anspielen. Eine große deutsche Hilfsorganisation hatte seinerzeit die Mittel für 180 Lebensmittel-Messgeräte, die auf dem deutschen Markt beschafft werden sollten, zur Verfügung gestellt, um sie für die schnelle Strahlenkontrolle sowohl an staatliche

als auch an nicht-staatliche Stellen in Belarus und in der Ukraine zu übergeben. Das Projekt sollte durch ein deutsches Fachinstitut betreut werden. Die Geräte sind zum großen Teil heute noch im Einsatz. Offensichtlich wollte hier jemand, dass die Firma von Nesterenko den Auftrag bekommen sollte. Jedoch standen damals nach der Festlegung des Sponsors wegen des Vorhandenseins eines soliden deutschen Fabrikats andere Geräte nicht zur Diskussion. In den Jahren 1990 und 1991 gab es Treffen der Vertreter des Otto Hug Strahleninstituts mit Prof. Nesterenko. Die dabei in Augenschein genommenen Gerätemuster seiner Firma Belrad im Gebäude der Kommunistischen Partei im Stadtzentrum von Minsk waren für das Projekt nicht geeignet, weil sie viel zu schwer und kurzfristig ohnehin nicht lieferbar waren.

22. Der nächste Artikel von Jutta Berger im Standard erscheint am 31.01.2006 [3]. Wieder wird gegen den Kongress Stimmung gemacht: Als Mitorganisatoren des Kongresses seien Vereinigungen ausgesucht worden, „*die von Schweizer Experten im rechts-sektiererischen Spektrum angesiedelt werden.*“ Und sogleich folgt wieder ein negativer posting-Beitrag unter M. Maier: der **14 856ste**. Es scheint, hier handelt ein intransparentes Netzwerk in täuschender Absicht.
23. Jutta Berger ist Mitglied des Presseunternehmens Pzwei (www.pzwei.at), einer aus 8 Journalisten bestehenden Firma mit Sitz in Bregenz (A), nach eigener Einschätzung ist die Firma Marktführer in Sachen Pressearbeit in Vorarlberg. Pzwei stellt sich selbst (nachfolgend kursiv gedruckt) gegenüber seinen Kunden so dar: Motto der Firma Pzwei: *Wir machen Schlagzeilen. Pressearbeit mit größtmöglichem Kundennutzen.*
Das Kernteam . . . besteht größtenteils aus erfahrenen JournalistInnen, die für Medien in ganz Österreich, der Schweiz, Deutschland und Liechtenstein gearbeitet haben und noch immer arbeiten.

Grundsätze

Gute Pressearbeit erfordert neben Know-how auch Kreativität, Zuverlässigkeit, rasches Reagieren und vieles mehr.

Die Strategie für die Pressearbeit erarbeiten wir gemeinsam mit unseren Auftraggebern in einem grundlegenden Gespräch.

Einmal ist besser als kein Mal. Aber nur kontinuierliche Medienpräsenz bringt die gewünschte Wirkung.

Wir beraten Sie bei der Formulierung Ihrer Kernbotschaften, bei der Auswahl Ihrer Themen.

Wir finden Journalisten, die sich für Ihre Themen interessieren und erstellen individuelle Medienverteiler

Was von uns kommuniziert wird, stimmen wir mit unseren Kunden ab.

Produkte

Konzeption: Wie sag´ ich es der Öffentlichkeit

Am Ende der konzeptionellen Arbeit steht ein konkreter Maßnahmenplan für Ihre Pressearbeit. Er ist die Basis unserer weiteren Arbeit für Sie.

Preis: nach Aufwand, von zirka 1000 bis 5000 Euro.

Hier erübrigt sich ein Kommentar beinahe. Man scheint es hier mit einem (noch) verdeckten Auftraggeber zu tun zu haben, dem der Tschernobyl-Kongress in Feldkirch in der vorliegenden Form offenbar ein Dorn im Auge ist.

24. Der Journalist Hugo Stamm schreibt im Tagesanzeiger (Zürich) am 20.01.2006 [26], beim großen Internationalen Kongress zu Tschernobyl würden die Züricher Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik und die Hippokratische Gesellschaft aus der Schweiz als Mitorganisatoren auftreten. Die Politiker und Strahlenexperten der anderen Mitveranstalter hätten offenbar nicht geahnt, dass die beiden Schweizer Organisationen von Exponenten der Psychosekte VPM getragen würden. Ferner habe der Kongresspräsident Prof. Lengfelder, laut dem Rechtsextremismus-Experten Jürg Frischknecht, einen Mitarbeiter der DEZA an einer Veranstaltung des Arbeitskreises Tschernobyl in Sirnach kennen gelernt. Dieser Arbeitskreis werde, so Stamm, von VPM-Leuten getragen.
25. Der nächste Beitrag von Hugo Stamm erscheint im Tagesanzeiger am 30.01.2006 [27]: *„Der internationale Kongress zum Thema „20 Jahre Tschernobyl“ von Anfang März ist nach heftigen Auseinandersetzungen abgesagt worden.“* Ausgelöst vom Streit um zwei Organisationen aus dem VPM-Umfeld, so Stamm, die als Mitorganisatoren des Tschernobyl-Kongresses aufgetreten seien, sei der Kongress verschoben worden. Die Psychosekte sei im Frühjahr 2002 aufgelöst worden. Da die VPM-Leute die Fäden oft nur im Hintergrund zögen, wirke ihre Arbeitsweise agitatorisch und subversiv. Artikel in der Wochenzeitung WOZ und im Tagesanzeiger hätten die Auseinandersetzungen ausgelöst. Der Kongresspräsident Prof. Lengfelder habe mehrfach im VPM-Hauptzentrum Vorträge gehalten.
26. Hugo Stamm, der nach eigenen Worten genau recherchiert, wird von einigen seiner Journalistenkollegen und in den Reihen von Sektenbeauftragten und selbsternannten Sektenbeobachtern als ein Sektenexperte angesehen. Er hat einige Taschenbücher und Schriften zu Sekten und Esoterik verfasst. Dazu einige Beispiele:

*„Im Bann der Apokalypse – Endzeitvorstellungen in Kirchen, Sekten und Kulturen“
Eine in diesem Buch beschriebene Organisation kommentiert zum Autor: „...das weiter unten aufgeführte Zitat des Publizisten Hugo Stamm ist ein typisches Beispiel, wie schlampig Journalisten oft arbeiten ...“*

*„Achtung Esoterik – Zwischen Spiritualität und Verführung“
Im Klappentext dieses Buches heißt es: *Der bekannte Experte und erfolgreiche Autor Hugo Stamm zeigt Gefahren und Hintergründe auf, damit ernsthafte spirituelle Suche nicht in Missbrauch und Scharlatanerie endet. Ein unentbehrliches Buch für alle, die sich für Esoterik interessieren und sich kritisch mit deren Ideen, Heilsversprechungen und Ritualen auseinandersetzen möchten.**

*„Denken im Wandel: Esoterikboom & Sinnsuche“
Begleittext: *Spirituelle Ausverkauf unter dem Deckmantel der Esoterik – Hugo Stamm nimmt das Phänomen kritisch unter die Lupe. Dass Hugo Stamm die Machenschaften der Sekten gnadenlos unter die Lupe nimmt, ist bekannt.**

In einem Interview mit Fritz Herrli erklärt Hugo Stamm auf die Frage nach dem Auslöser seiner Arbeit auf dem Gebiet der Sekten: *„Ich hatte nie Berührungen mit einer vereinnahmenden Bewegung.... Ich bin über den Beruf als Journalist vor 30 Jahren auf das Thema gestoßen. Mir geht es bei der Aufklärungsarbeit um die*

geistige Freiheit – das wichtigste menschliche Gut. Ich verstehe mein Engagement als Konsumentenschutz auf der geistig-religiösen Ebene.“

Besteht für Hugo Stamm sein angebliches Eintreten für die geistige Freiheit darin, dass er den Internationalen Tschernobyl-Kongress in Feldkirch attackiert und Menschen, die sich wirklich für Tschernobyl-Opfer einsetzen, diffamiert? Ist er der Maßstab, wann und wie „Konsumenten“ der „geistig-religiösen Ebene“ zu schützen sind?

27. Kurz vor Erscheinen seines Artikels vom 30.01.2006 im Tagesanzeiger führt Hugo Stamm mit Prof. Lengfelder ein Telefoninterview. Der wesentliche Inhalt des Telefonats:

Stamm: Sie müssen doch von der Verbindung von Mut zur Ethik mit VPM gewusst haben, weil Sie schon oft in Sirnach waren.

Lengfelder: Woraus schließen Sie das und was heißt hier oft?

Stamm: Weil Ihr schwarzer Mercedes dort schon oft gesehen wurde!

Lengfelder: Ich habe keinen schwarzen Mercedes, ich habe überhaupt keinen Mercedes.

Stamm: Doch, Ihren Geländewagen!

Lengfelder: Ich habe auch keinen Geländewagen.

Stamm: Es muss Ihnen doch aufgefallen sein, dass dort viele Leute hinkommen.

Lengfelder: Mir ist es recht, wenn zu einem Vortrag von mir viele Leute kommen, auch in Deutschland kommen oft viele Leute.

Stamm: Es muss Ihnen doch aufgefallen sein, dass der Saal gute Möglichkeiten für Vorträge hat.

Lengfelder: Was soll daran auffällig sein? Jedem Referenten ist es lieber, wenn es eine gute Infrastruktur für Vorträge gibt.

Stamm: Es muss Ihnen doch auch aufgefallen sein, dass es vor dem Gebäude viele Parkplätze gibt.

Lengfelder: Was ist daran besonderes? Die gibt es bei anderen Vortragssälen auch.

Stamm: Und dass Sie den weiten Weg von München kommen?

Lengfelder: Ich fahre zu Vorträgen nach Hamburg, auch nach England, und öfter fahre ich auch mit dem Auto nach Belarus, für mich ist da Sirnach doch keine Entfernung.

Um welche Art von Aufklärung geht es dem Sektenforscher Stamm? Dieses kurze Gespräch zeigt, dass für Stamm das Normale sehr verdächtig ist und dass er seine Phantasie zur Realität erhebt. Es stellt sich ernsthaft die Frage: Wofür soll Hugo Stamm Experte sein?

28. Mit Schreiben vom 29.01.2006 veröffentlicht die Kongressleitung den neuen Kongresstermin und den Grund der Terminverschiebung mit folgendem Text:
Der Termin des Internationalen Kongresses in Feldkirch zu den Folgen der Tschernobyl-Katastrophe muss verschoben werden. Die Festlegung des ursprünglichen Kongresstermins auf 9.-12.03.2006 erfolgte im April 2005. Das Programm wurde erarbeitet, und 40 Experten wurden als Referenten eingeladen. Da Belarus bei weitem am stärksten durch die Tschernobyl-Katastrophe in den medizinischen und sozioökonomischen Folgen betroffen ist, wurden 18 belarussische Spitzenpersönlichkeiten ihrer Fachgebiete als Referenten eingeladen. Im

Dezember 2005 hat die Belorussische Regierung entschieden, am 19. März 2006 die Präsidentschaftswahl abzuhalten – also eine Woche nach dem geplanten Kongresstermin.

Sowohl die Leitung der Oblast-Regierung in Gomel als auch Mitglieder des Ministerrates in Minsk haben jetzt nach einer offiziellen Anfrage der Kongressleitung erklärt, dass für alle Führungspersonen wichtiger staatlicher Einrichtungen (darunter auch Kliniken, Universitäten, Forschungsinstitute etc.) für die Zeit vor der Wahl Präsenzplicht in Belarus besteht und dass eine Ausnahmegenehmigung aus Gründen einer einheitlichen Regelung auch in analogen Fällen nicht möglich ist. Dies bedeutet, dass mehr als ein Drittel der eingeladenen Referenten nicht zum Kongress kommen könnte. Es bestand nun die Wahl, entweder eilig für die im Programm ausgewiesenen Themen Ersatzreferenten in Belarus zu suchen oder den Kongresstermin zu verschieben.

Zur Erhaltung des angestrebten fachlichen Niveaus sahen deshalb die Veranstalter die Notwendigkeit, den Kongresstermin zu verschieben, um dann wieder fachlich führende Experten als Referenten in Feldkirch zu haben. Dies rechtfertigt auch den Aufwand, der mit dieser Terminverschiebung verbunden ist. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass auch hohe Beamte der in Belarus vertretenen EU-Staaten auf Anordnung ihrer jeweiligen Regierung für die Zeit vor der Präsidentschaftswahl ebenfalls Präsenzplicht in Belarus haben.

Die juristische Beurteilung:

Der Vorwurf, früher beteiligte Mitveranstalter des Kongresses seien Anhänger einer rechts-radikalen Psychosekte, ist substanzlos und haltlos.

29. Die Europäische Arbeitsgemeinschaft „Mut zur Ethik“ wurde als Mitveranstalter eingeladen, weil sich die Mitglieder dieses Vereins und aktive Einzelpersonen seit Jahren auf dem Gebiet der Folgen der Tschernobyl-Katastrophe engagieren und substantielle Hilfe für die Opfer leisten. Ebenfalls seit vielen Jahren befasst sich „Mut zur Ethik“ in kompetent durchgeführten Kongressen in Feldkirch konstruktiv mit der kritischen Beurteilung der Folgen von Atomtechnik und Gentechnik, mit dem Hunger, der Armut und der Ausbeutung in der Dritten Welt, mit den Kriegen der Gegenwart und ihren Ursachen und ähnlichen Themen.
30. Der Begriff VPM war bis zum Erscheinen des WOZ-Artikels weder dem Kongresspräsidenten, noch im Vorstand des Otto Hug Strahleninstituts oder des Deutschen Verbandes für Tschernobyl-Hilfe oder der Luxemburger Stiftung bekannt, ganz abgesehen von der Geschichte dieser Organisation und einer angeblichen Verbindung zu Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft „Mut zur Ethik“. Auch den Behörden in Österreich und den zuständigen Mitarbeitern der Deza, die spätestens seit Sommer 2005 die Liste der den Kongress mitveranstaltenden Organisationen kennen, fiel nichts Bedenkenswertes auf.
31. Im Rahmen der Erarbeitung dieses Berichtes wurden zahlreiche Fachleute aus den Bereichen Strahlenforschung, Umweltschutz, Soziologie, Rechtswissenschaften, Friedensbewegung, Naturwissenschaften u. a., die in den vergangenen Jahren als Teilnehmer die Kongresse von „Mut zur Ethik“ besucht haben, zu ihrer

Einschätzung des Vorwurfs „rechts-radikale Psychosekte“ befragt. Alle Befragten äußerten sich ausnahmslos in dem Sinne, dass ein solcher Vorwurf Unsinn, eine bössartige Unterstellung, eine gegen den Kongress gerichtete Schädigungsabsicht sei, bis hin zu der Feststellung, es handele sich um das Produkt einer von Ideologie und Realitätsverlust gekennzeichneten paranoiden Wahrnehmungsstörung.

32. Nach dem Studium der Kongressprogramme und der in den Büchern zum jeweiligen Kongress abgedruckten Vorträge bei den in den vergangenen Jahren abgehaltenen Kongressen von „Mut zur Ethik“, sowie auf Grund weiterer Recherchen ergibt sich folgende Feststellung: Der Arbeitsgemeinschaft „Mut zur Ethik“ gehören zahlreiche europäische Organisationen an, die in interdisziplinärer Zusammenarbeit auf freiheitlicher, demokratischer und rechtsstaatlicher Grundlage für den Erhalt der christlich-abendländischen Kultur mit ihren tragenden Werten, für den Schutz des Lebens, für Familie, Hilfsbereitschaft und gegenseitige Rücksichtnahme als Säulen des sozialen Lebens eintreten. Es kommt sozialkritisches, liberales und wertkonservatives Gedankengut zum Ausdruck. Auch bei sensibler Anwendung ergibt sich nach allen gesichteten Schriften und Büchern der Arbeitsgemeinschaft kein Anhaltspunkt für den behaupteten Vorwurf „rechtsradikale Psychosekte“, auch nicht für die einzelnen Begriffsbestandteile.
33. „Mut zur Ethik“ wurde 1993 auf Anregung des früheren Baden-Württembergischen Kultusministers Prof. Dr. W. Hahn gegründet. Er eröffnete den ersten, seither jährlich wiederkehrenden Kongress „Mut zur Ethik“ mit den Worten: „Der bedrohliche Wertezerfall der letzten Jahrzehnte, der sich nach dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes noch beschleunigt hat, erfordert eine entschlossene Besinnung auf die Werte und Normen unserer Kultur.“
34. „Mut zur Ethik“ findet auch Anerkennung in der Friedensbewegung und bei kirchlichen Kreisen. Seit vielen Jahren unterstützt der Bischof der Diözese Feldkirch, Herr Dr. Elmar Fischer, als aktiver Referent und Experte bei den Kongressen „Mut zur Ethik“ in Feldkirch die Anliegen und Arbeit dieser Arbeitsgemeinschaft.
35. Auf Grundlage dieser Gegebenheiten hatte keiner der anderen Mitveranstalter des Kongresses Bedenken gegen eine Beteiligung von „Mut zur Ethik“ oder der Hippokratischen Gesellschaft Schweiz.
36. Eine deutsche und eine Schweizer Anwaltskanzlei wurden mit Recherchen und Auskünften über den Verein VPM beauftragt. Ergebnis: In den 90er Jahren wurde der VPM, der z. B. gegen die Drogenliberalisierung an den Schulen und für einen umfassenderen HIV-Schutz der Allgemeinbevölkerung eintrat, von bestimmten politischen Kreisen in der Schweiz systematisch bekämpft und diffamiert. Mit Urteil vom 28.11.1996 (IP.385/1994 und IP303/1995) hat das Schweizerische Bundesgericht die über den VPM erhobenen Unterstellungen und Verleumdungen als Verstoß gegen die Schweizerische Verfassung und die Europäische Menschenrechtskommission beurteilt. Es liegen in diesem Zusammenhang auch Urteile gegen die Journalisten Hugo Stamm und Jürg Frischknecht vor, auch von deutschen Gerichten.
37. Im Falle einer dem VPM angehörenden deutschen Lehrerin, der wegen der angeblichen Zugehörigkeit zu einer Sekte bzw. sektenähnlichen Organisation die

Beamtenlaufbahn verweigert werden sollte, hat das Verwaltungsgericht Hamburg (12VG124/95) mit Bestätigung (1Bf209/99) des Oberverwaltungsgerichts Hamburg klar und unmissverständlich geurteilt: Dem VPM seien weder verfassungsfeindliche Bestrebungen und Inhalte oder irgendwelche Verstöße gegen die Rechtsordnung anzulasten. Im Gegenteil scheinen die Positionen des VPM weit verbreiteten traditionellen und konservativen Werten zu entsprechen, die selbst in den großen christlichen Parteien verankert seien.

Weiter wird im Urteil betont, dass durch die Verwendung des Begriffs „Sekte“ und die dadurch hervorgerufenen Assoziationen die Betroffenen der allgemeinen Ächtung ausgesetzt werden sollen. Der Begriff „Sekte“ werde zum Kampfbegriff. Es sei nicht zu übersehen, dass das Anliegen derjenigen, die den Begriff verwenden, weniger darin bestehe, objektive Tatsachen und ggf. bestehende Gefahrenmomente aufzuzeigen, als vielmehr subjektive Wertungen zu verbreiten und damit Stimmungen und Ängste zu erzeugen, die nur noch wenig Bezug zur Realität aufwiesen.

Die Schulbehörde wurde darum verpflichtet, die Anstellung der Lehrerin in die Beamtenlaufbahn durchzuführen.

38. Zur Person des Journalisten Frischknecht hat die Recherche der Juristen zu folgendem Ergebnis geführt: Gemäß Schweizer Bundesgericht dürfe gesagt werden, Frischknecht sei ein Linksextremist, der für eine DDR-Zeitung schrieb. Das Obergericht Zürich habe festgestellt, dass Jürg Frischknecht sich den Ruf eines extremen Journalisten geschaffen und in mehreren Artikeln eine ausgeprägte Sympathie für die DDR geoffenbart habe.
39. Es ist nicht Aufgabe dieses Berichts, zur Abgrenzung zwischen der heute sehr weit gefassten Presse- und Meinungsfreiheit und der justiziablen Schmähkritik Stellung zu nehmen. Allerdings ist eine stark veränderte Situation in der Medienwelt festzustellen. Journalisten beschreiben nicht nur die Ereignisse der Welt, sondern setzen sich mitunter gegen Bezahlung auch für fremde Interessen ein. Und sie sehen sich in Konkurrenz zur Fülle der Meldungen und Angebote der Nachrichtenagenturen und generieren so ihr Einkommen.
40. Der Journalist M. Maier nimmt darauf in einem Telefonat mit dem Kongresspräsidenten am 31.01.2006 Bezug. Ihn interessiere sehr dessen Position zu den Geschichten von Gruschewoj, Bandaschewski und Nesterenko. Über diese habe er schon sehr viel interessantes Material von jenen Leuten erhalten, die in Deutschland auf dem Tschernobyl-Gebiet „auf der anderen Seite“ stünden. Dies ist wohl ein weiterer Hinweis dafür, dass die Kampagne eine abgesprochene konzertierte Aktion ist. Weiter meint Maier, um eine Geschichte verkaufen zu können, müsse sie „sexy“ sein, müsse der Titel „sexy“ sein. So etwas könne man den Medien verkaufen.

Ideologie und Ziele hinter der Kampagne gegen den internationalen Tschernobyl-Kongress

41. Wie berichtet, schreibt die WOZ im Artikel von J. Frischknecht vom 12.1.2006, der am Anfang der Kampagne stand, auf der Titelseite „Die atomkritische Ärzte-

organisation PSR/IPPNW, die sich seit Jahren intensiv mit Tschernobyl beschäftigt, wurde nicht angefragt, ob sie beim Kongress mitmachen möchte“ [4]. Warum ergreift die WOZ-Redaktion unter der großen Zahl der möglichen Organisationen mit intensivem Tschernobyl-Bezug gerade für die Schweizer PSR/IPPNW (Ärzte in sozialer Verantwortung/Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs) Partei und beklagt sich, dass gerade diese nicht als Mitveranstalter eingeladen worden sei?

42. Die in der WOZ am 12.01.2006 genannte atomkritische Schweizer Ärzteorganisation PSR/IPPNW unterstützt seit vielen Jahren mit großem Engagement und erheblichen Summen Prof. Nesterenko mit seinem Pektinprogramm und die Aktivitäten seiner Firma „Institut für Strahlensicherheit Belrad“ in Minsk. Für die übergebenen Summen werden u. a. die von Nesterenkos Firma gelieferten Pektin-tabletten finanziert. Ein Exponent der Schweizer PSR/IPPNW ist der pensionierte Mediziner Prof. Michel Fernex, der sich ebenfalls seit vielen Jahren mit Leidenschaft für Prof. Nesterenko und dessen Pektinkuren bei den Kindern in den strahlenbelasteten Gebieten einsetzt. [23-25]
43. Die Fachwelt in Strahlenforschung, Biochemie und Pharmakologie sieht in den Pektinen - trotz intensiver Forschung auch bei der westlichen Pektin-Industrie - keine Stoffgruppe, die für eine nennenswerte Strahlendosisreduktion oder Dekorporationsleistung für Radionuklide oder als Strahlenschutzsubstanz sinnvoll eingesetzt werden kann, insbesondere auch nicht für die Bevölkerung in der Tschernobyl-Region, die mit Cäsium-137 belastet ist. Die bisher von dem Atomphysiker Prof. Nesterenko vorgelegten Berichte sowie einige Berichte aus der GUS ändern daran nichts.

Über die Eigenschaften der Pektine, auch die Komplexbildung mit Schwermetallionen, ist eingehend publiziert worden [14, 17, und darin zitierte Literatur].

Untersuchungsergebnisse über nennenswerte Strahlenschutzwirkungen, die nach internationalen wissenschaftlichen Standards – ähnlich wie bei Arzneimitteluntersuchungen - erarbeitet werden müssten (strenges Doppelblindsystem, langfristige Anwendung, Kontrolle von Nebenwirkungen, Kombinationswirkungen und Mangelerscheinungen, Dosis-Wirkungs-Beziehungen usw.) wurden bisher von Prof. Nesterenko leider nicht vorgelegt.

44. Pektine werden in einigen Fabriken im Westen, ferner in der Ukraine, in Russland und Belarus, und inzwischen auch von Nesterenkos Firma in Minsk „Institut für Strahlensicherheit Belrad“ produziert. Im Falle des menschlichen Verzehrs gelten sie als Nahrungsergänzungstoffe. Bekannte und genutzte Wirkungen der Pektine – als Nahrungsergänzung – sind: Löslicher Ballaststoff, Geliermittel für Marmeladen, Senkung des Cholesterinspiegels, Senkung des Blutzuckerspiegels, Beschleunigung und Stabilisierung der Darmpassage, Behebung allgemeiner Verdauungsstörungen, Stabilisierung der Darmflora mit Unterdrückung pathogener Komponenten, Gewichtsreduktion, Bindung von Schwermetallen (insbes. Blei) u. a.. Die Wirksamkeit des seit vielen Generationen bekannten Hausmittels „geriebener Apfel“ gegen Darmbeschwerden ist wegen der enthaltenen Pektine wissenschaftlich begründet.

Das auf Pektine spezialisierte Unternehmen Herbstreith & Fox und Sanofi Winthrop haben in Zusammenarbeit mit dem Russischen Institut für Biophysik in Moskau das pektinhaltige Produkt Medetopekt zur Ausschleusung von Schwermetallen aus dem Körper (von Arbeitern in russischen Fabriken) entwickelt. Zunächst an Ratten, später in Humanstudien in Kiew und Minsk konnte gezeigt werden, dass die Ausscheidung von Blei, Cadmium und Strontium durch Medetopekt verbessert wird. Der Belorussische Pharmakonzern Belmedpräparati vertreibt Medetopekt für die verschiedenen oben genannten Anwendungsmöglichkeiten.

Es ist lange bekannt und unbestritten, dass Pektine im Darm befindliches Cs-137 etwas beschleunigt auszuschleiden helfen. Es kommt aber darauf an, ob die als Nahrungsergänzungsmittel eingenommenen Pektine einen ausreichenden Effekt bezogen auf die Jahresstrahlendosis haben.

45. Die Chefredakteurin der WOZ, Susan Boos, ist bereits seit langen Jahren immer wieder für die Schweizer PSR/IPPNW und Prof. Nesterenko tätig. Dies wurde im Artikel der WOZ aber nicht transparent gemacht. Bereits in einer Publikation von Prof. Nesterenko von 1993 wird sie als Übersetzerin eines wissenschaftlichen Artikels genannt [in 24]. Bei Veranstaltungen mit der PSR/IPPNW arbeitet sie wiederholt als Moderatorin. In den PSR-News von 1999 ist dargelegt, dass ein Expertenbericht von Wissenschaftlern der GUS über Tschernobyl-Folgen mit westlicher Hilfe und der Betreuung durch Prof. Nesterenko übersetzt wurde und nun bei Susan Boos bezogen werden kann [23].
46. Frau A. Cavelius erklärt in ihrem Schreiben im Jahre 2001 voller Überzeugung [7]: *„Nesterenko hat vor dem Unfall in Tschernobyl, in seiner Funktion als Professor für Atomphysik, Ingenieur und Direktor des Weißrussischen Atomenergieinstituts, tatsächlich viele Pläne ausgearbeitet, die er seit dem GAU in Tschernobyl bereut. Tschernobyl war für Nesterenko ein Schock. Erst durch den Unfall wurde ihm bewusst, dass die Atomkraftwerke Risiken in sich bargen, die unverantwortbar waren. Heute ist Nesterenko ein entschiedener Gegner der Atomkraft.“* Und M. Maier zitiert in seinem Schreiben wiederum seitenweise aus diesem Schreiben von Frau A. Cavelius.
47. Auch die atomkritischen Ärzte in der Schweiz und ihr Repräsentant Prof. Michel Fernex glauben an die besondere Strahlenschutzwirkung der Pektine und sind davon überzeugt, dass die Tschernobyl-Katastrophe und die Wochen und Monate danach Prof. Nesterenko zum entschiedenen Gegner und Warner vor der Atomenergie machten. Sie glauben auch, dass das 1990 gegründete „Institut für Strahlensicherheit Belrad“, seine Firma (russische Bezeichnung OOO), zu dem Zweck gegründet wurde - wie dies auch in seiner Werbung (www.belrad.paris-minsk.org) im Jahre 2006 nachzulesen ist:
 - das Strahlenmonitoring der Bewohner und deren Lebensmittel
 - Strahlenschutzmaßnahmen für die Bevölkerung zu entwickeln und anzuwenden
 - Hilfsangebote mit internationalen Tschernobyl-Initiativen umzusetzen
 - Herstellung und Vertrieb von Strahlenmessgeräten

- Herstellung und der Vertrieb von Pektinpräparaten „Vitapekt“

Offensichtlich sollen oder wollen die Anhänger von Prof. Nesterenko nicht zur Kenntnis nehmen, für welches Tätigkeitsspektrum das Unternehmen „Institut für Strahlensicherheit Belrad“ tatsächlich gegründet wurde.

48. M. Maier, der sich selbst als fachlich „nicht qualifiziert“ bezeichnet, stellt die Frage, ob Prof. Lengfelder bekannt sei, dass die medizinische Zeitschrift *Swiss Medical Weekly* im Jahre 2004 einen Artikel von Prof. Nesterenko zum Thema Pektine veröffentlicht habe, welcher zu einem anderen Ergebnis (Hinw.: zu einem strahlenschützenden Effekt) gekommen sei. Auch das Forschungszentrum Jülich sei in einer im April 2005 vorgestellten – mit Prof. Nesterenko durchgeführten – Studie angeblich zu einem anderen Ergebnis gekommen. Dann fragt M. Maier: *„Gibt es einen konkreten Anlass, diese offenbar fundierten Meinungen an dem von Ihnen organisierten Kongress nicht zu Wort kommen zu lassen?“* [18]

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Passage im Jahresbericht der PSR/IPPNW [25]. Dort wird ausgeführt, dass dank Prof. Michel Fernex in der *Swiss Medical Weekly* eine Publikation von Prof. Nesterenko über die Reduzierung der Cs-137 Belastung im Organismus der Tschernobyl-Kinder mit Apfelpektin erschienen sei.

49. Auch in Deutschland gibt es zahlreiche Gruppen, Vereine und Schulen, mit einem Schwerpunkt in Niedersachsen, die Prof. Nesterenkos Firma unterstützen und dessen Aktivitäten und Pektinkuren finanzieren. Sie rechnen sich alle dem atomkritischen Lager zu. Zu diesem Unterstützerkreis zählen insbesondere Anhänger, Funktionsträger und Abgeordnete der Grünen.
50. Auch Frau Altmann, früher grüne Staatssekretärin des ehemaligen Umweltministers Trittin und ebenfalls in Niedersachsen beheimatet, setzte sich sehr für Prof. Nesterenko und seine Programme ein. Das vom Bundesumweltministerium finanzierte Forschungsvorhaben, das Prof. Nesterenko gemeinsam mit dem Forschungszentrum Jülich (früherer Name Kernforschungszentrum Jülich) vom 01.10.2001 bis 31.12.2004 durchführte, wurde unter dem Titel: „Ermittlung der Strahlenexposition durch Cs-137 bei Kindern in Weißrussland“ geführt und erhielt 331 189,- Euro BMU-Fördermittel.

Es gibt wohl Gründe, dass Pektine bzw. deren angenommene Schutzwirkung als Begriffe im Titel des Forschungsvorhabens gar nicht erscheinen. Bisher gibt es als Ergebnis dieses Forschungsvorhabens Publikationen zur Kalibrierung und Messsicherheit der eingesetzten Ganzkörperzähler und zur Auswertung von Messreihen der Strahlenbelastung von Kindern in den belasteten Gebieten. Es ist aus diesem Projekt eine Publikation zur Frage der Pektinwirkung bekannt. Darin ist beschrieben, dass Kinder bei einem Sanatoriumsaufenthalt nach einer 14-tägigen Pektinkur eine um durchschnittlich 16% geringere Belastung mit Cs-137/kg Körpergewicht aufwiesen als die Vergleichsgruppe ohne Pektine [15].

51. In einem internen Forschungsbericht zu dem Projekt weisen die deutschen Projektpartner im Forschungszentrum Jülich darauf hin, dass die Ergebnisse Grundlage sein sollen, ob und gegebenenfalls welche Maßnahmen zu einer effektiven Reduzierung der inneren (Hinweis: Strahlen-) Dosis beitragen können.

„Damit stehen im Falle eines radiologischen Notstandes erprobte Methoden zur Einleitung von wirksamen Gegenmaßnahmen zur Verfügung.“

Die Publikation und der Bericht machen keine Angaben darüber, ob und wie die „Doppelblindheit“ der Studie gewährleistet und welcher Stoff als Placebo-Substanz verwendet wurde. Es gibt keine Angaben darüber, nicht einmal schätzungsweise, um wie viel Prozent selbst eine 4-malige Kur die gesamte Strahlendosis eines Jahres bei normaler Ernährung der Probanden an ihrem Heimatort vermindern könnte.

Im Bericht wird ausgeführt, die Nutzung von Vitapekt während eines Zeitraums von 14 Tagen würde das positive Gleichgewicht von Kalium, Kupfer, Zink und Eisen im Organismus der Kinder erhalten. Allerdings ist aus medizinischen Gründen die Beobachtung eines so kurzen Zeitraums untauglich, um über Effekte und Risiken für den Spurenelementhaushalt der Kinder bei längerer und wiederholter Anwendung etwas auszusagen.

Es ist schon kühn, wenn die mehr physikalisch-technisch ausgerichteten Projektpartner im Forschungszentrum Jülich erklären, dass diese (ersten hauchdünnen) Ergebnisse *im Fall eines radiologischen Notstandes* Grundlage sein sollen für eventuelle Maßnahmen zur Dosisreduzierung und *von erprobten Methoden* sprechen. Und mit radiologischer Notstand ist wohl zweifelsfrei der nächste große Unfall in einem AKW gemeint.

52. Neben der fraglichen Wirksamkeit der Pektine als effektiver Strahlenschutzstoff ignorieren sowohl Prof. Nesterenko als auch seine Anhänger wesentliche weitere Gesichtspunkte. Hersteller von Pektinpräparaten und Pharmakologen raten davon ab, Pektinkuren bei Kindern unter 6 Jahren überhaupt anzuwenden. Die Kleinen sind aber besonders strahlenempfindlich und müssten deshalb besonders strahlengeschützt werden.

Des weiteren wird mit der Behauptung, Pektine schützen die Menschen in den durch Tschernobyl kontaminierten Regionen vor der Radioaktivität in den Lebensmitteln, der Eindruck vermittelt, man könne im Grunde genommen alles essen. Das gilt insbesondere auch für die Waldprodukte, die ja besonders belastet sind, aber von der Bevölkerung mit geringerem Einkommen als kostenlose Nahrungsquelle geschätzt werden. Die Pektinkuren verleiten die Bevölkerung dazu, sich in Sicherheit zu wiegen, die es aber gar nicht gibt.

Man muss die Strahlenbelastung über den Nahrungspfad, so weit wie möglich, vermeiden. Dies bedarf der Information, Aufklärung und Kommunikation, in Schulen, am Arbeitsplatz, über zusätzliche Bildungsangebote. Der Verzicht auf eine einzige stark belastete Pilzmahlzeit hat einen viel größeren Effekt bei der Reduzierung der Jahresstrahlendosis als mehrere Pektinkuren! Und es ist gesünder und wirksamer, an Stelle von Pektinpräparaten z. B. Äpfel oder Rote Rüben zu essen, die noch dazu das ganze Jahr über verzehrt werden können und viele andere wertvolle Stoffe enthalten.

53. Die Kampagne der genannten Journalisten gegen den Kongress setzt kurze Zeit nach dem öffentlichen Erscheinen des detaillierten Kongressprogramms mit Nennung aller Vorträge ein. Nicht nur, dass Prof. Nesterenko nicht als Referent

zum Kongress eingeladen ist. Prof. Nesterenko und seine Anhängerschaft in Deutschland, Schweiz und Frankreich können aus dem Programm auch ersehen, dass die Pektinfrage auf der Tagesordnung des Internationalen Tschernobyl-Kongresses steht. Und sie befürchten wohl, dass sich Kritik und Ablehnung der Verwendung von Pektintabletten als Strahlenschutzsubstanz verfestigen.

54. Auf Seiten der PSR/IPPNW der Schweiz betreiben der führende Repräsentant Prof. Michel Fernex und seine Gattin Solange (ehemals grüne Europaabgeordnete) aktiv die Verbreitung des diffamierenden WOZ-Artikels von Frischknecht. Am 15.01.2006 um 19:40 Uhr versenden sie ihn - bereits in französischer Übersetzung! - per Internet in Frankreich an Anti-AKW- und Umweltorganisationen mit der Aufforderung der weiteren Verbreitung. Ebenso versenden sie den Artikel per Internet im deutschsprachigen Raum mit dem Begleittext:

*“Liebe Freunde,
hier ist der Artikel in der „Wochezeitung“ (Zürich) über Lengfelder und eine extrem/rechte Psychosekte, die ich nicht kenne.
Könnt ihr an deutsche Netzwerke weiterleiten?
Es gibt auch Aufruhr in Österreich, aber wir haben noch nichts gesehen.
Liebe Grüße
Michel et Solange Fernex“*

Am 17.01.2006 erreicht dieses europaweite Rundschreiben auch das Büro von Prof. Lengfelder. Es stellt sich die ernste Frage, wie - bei einer solchen Verhaltensweise ihres Exponenten Prof. Fernex mit seiner eifrigen Verbreitung eines diffamierenden Artikels – die Schweizer „Ärzte in sozialer Verantwortung“ PSR ihre ärztliche soziale Verantwortung selbst definieren. Und wer keine soliden wissenschaftlichen Resultate vorweisen kann, sollte nicht versuchen, sie durch eine Kampagne zu substituieren.

55. Am 18.01.2008 beteiligt sich auch der ev. Studentenpfarrer B. Homeyer, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft „Den Kindern von Tschernobyl“ (Partnerorganisation des gleichnamigen Vereins in Minsk unter Leitung des Ehepaars Gruschewoj) an der Internet-Verbreitung der Unwahrheit und Diffamierung. Und Homeyer wie M. Maier beeilen sich, ihre Aussendungen auch an Dienststellen des Deutschen Auswärtigen Amtes zu schicken.

Zur Geschichte des Unternehmens „Institut für Strahlensicherheit Belrad“ und seines Gründers und Leiters Prof. Nesterenko Atomenergie und Pektine

56. Der Atomphysiker Prof. Nesterenko war zur Sowjetzeit Direktor des staatlichen Atomforschungs- und Produktionszentrums in Sosni bei Minsk. Wesentliche Aufgabe dieses Zentrums war die Entwicklung kleiner mobiler Atomkraftwerke, sog. Atomzentralen, im Rahmen des sowjetischen Projekts „Pamir“. Hauptsächlichster Zweck dieser Atomzentralen war, für die Neuanlage oder Verlegung von Abschussbasen für Interkontinentalraketen SS-20 und SS-25 kurzfristig den Bedarf an Strom und Wärme sicherzustellen. Ein weiterer Zweck war die schnelle Verfügbarkeit von Strom und Wärme an neuen Standorten z. B. der Erdöl- und Erd-

gas-Förderung in den Weiten Sibiriens. Ein spezielles Werk in Minsk war für den Bau von 20 Einheiten des Pamir pro Jahr vorbereitet. Im März 1986, also einen Monat vor der Explosion im Atomkraftwerk Tschernobyl, wurde ein Prototyp der mobilen Atomzentralen Pamir in Betrieb gesetzt.

57. Im Zusammenhang mit Vorkommnissen in diesem Atom-Zentrum Sosni wurde dessen Direktor Prof. Nesterenko entlassen. Die amtlichen Untersuchungen dazu begannen vor der Tschernobyl-Katastrophe. Nach Vorliegen des Untersuchungsergebnisses wurde die Entlassung einige Monate nach der Tschernobyl-Katastrophe vollzogen. Der Grund der Entlassung hatte mit Tschernobyl nichts zu tun.
58. Es liegt umfangreiches Material vor, das zum Themenbereich Strahlenschutz in Belarus in den vergangenen zwei Jahrzehnten von Prof. Nesterenko und anderen Autoren (z. B. Petrajew, Konoplja, Kenigsberg, Agejets) für die unterschiedlichsten Zwecke und Adressaten verfasst worden ist. Seit 1990 befassen sich Ausschüsse der verschiedenen seither bestehenden Parlamente in Belarus ebenfalls mit dem Thema Strahlenschutz. Nesterenkos Ausführungen zu diesem Thema sind seinen Schriften entnommen: (Auszüge kursiv gedruckt).

Zum Zeitpunkt des Unfalls im AKW Tschernobyl im Jahre 1986 gab es weder in der UdSSR noch in den Unionsrepubliken (Russland, Ukraine, Belarus u. a.) Gesetze über die Nutzung der Atomenergie und den Strahlenschutz der Bevölkerung. Die damals gültigen Strahlenschutznormen waren für die im Atomenergiebereich Beschäftigten (Kategorie A) gedacht, den gesündesten Bevölkerungsteil, sowie für einen begrenzten Bevölkerungsteil (Kategorie B), der in der 30 km Zone lebt. Für den größten Teil der Bevölkerung war in den geltenden Gesetzen und Normen kein Strahlenschutz vorgesehen. Die Zivilverteidigung hatte die Vorbereitung des Strahlenschutzes der Bevölkerung für den Fall eines feindlichen Atomwaffenangriffs als Aufgabe. [20]

59. 1990 begannen im damaligen Parlament von Belarus die Beratungen, wie man ein gutes System verschiedener Ebenen von Strahlenschutz für die Bevölkerung in Belarus, insbesondere wegen der Tschernobyl-Folgen, organisieren könnte. Dabei hat man auch die Systeme in Deutschland, Frankreich und England studiert. Der Bedarf an Strahlenmessgeräten und Dienstleistung im Strahlenschutz für die Bevölkerung wurde erörtert. Im Jahre 1990 gründet Prof. Nesterenko das privatwirtschaftliche Unternehmen (OOO) „Institut für Strahlensicherheit Belrad“. Das Tätigkeitsspektrum der Firma umfasst alle Bereiche des Strahlenschutzes, z. B. Produktion und Vertrieb von Strahlenmessgeräten, Strahlenschutztechnik, Strahlenmessungen aller Art als Dienstleistung, Herstellung und Vertrieb von Sorbentien und Strahlenschutzsubstanzen, Strahlenschutzausbildung, wissenschaftliche Tätigkeit usw.. Prof. Nesterenko konnte sicher sein, mit seinem neu gegründeten Unternehmen gute Geschäfte mit der belorussischen Regierung machen zu können.
60. Im Jahre 1991 gab es in Minsk ein Treffen der Vertreter des Otto Hug Strahleninstituts mit Prof. Nesterenko in dessen Firmenräumen im Stadtzentrum von Minsk. Bei dem Treffen waren auch zwei Herren aus Fernost dabei, die aus Meeresalgen gewonnene Sorbentien verkaufen wollten. Mit den Sorbentien sollte getestet werden, in welchem Maße diese sich eignen, die Radioaktivität bei den Men-

schen im strahlenbelasteten Süden von Belarus aus dem Organismus auszuscheiden. Nach Nesterenkos Wunsch sollte das Otto Hug Strahleninstitut für ein gemeinsames Projekt zunächst 70 000 DM beitragen, um die Sorbentien zu kaufen und bei den Menschen zu testen. Mit dem Geld sollte auch eine große Computerdatenbank aufgebaut werden. Prof. Nesterenko sah in der Anwendung der Sorbentien ein gutes Geschäft für die Zukunft. Für das Otto Hug Strahleninstitut kam eine Zusammenarbeit nicht in Frage.

61. Weiter schreibt Prof. Nesterenko (Auszüge): *Strahlenschutzmaßnahmen für die Bevölkerung in den belasteten Territorien erhielten 1991 durch zwei Gesetze eine rechtliche Basis: „Über den sozialen Schutz der Bürger, die unter der Katastrophe im AKW Tschernobyl leiden“ und „Über den Rechtsstatus der Territorien, die infolge der Reaktorkatastrophe in AKW Tschernobyl radioaktiver Belastung ausgesetzt sind.“
Das Gesundheitsministerium verabschiedete daraufhin, orientiert an dem beschlossenen Dosisgrenzwert, neue Grenzwerte (RDU-92) für die wichtigsten dosisbildenden Lebensmittel.....
In der Republik Belarus wurde ein staatliches System zur Kontrolle und Beobachtung der radioaktiven Belastungshöhen in der Umwelt, in den Rohstoffen und in den Lebensmitteln geschaffen. Hierzu gehört das Belorussische Hydrometrische Institut (Belhydromet), das Landwirtschaftsministerium, das Gesundheitsministerium, das Forstwirtschaftsministerium und das Wasserwirtschaftsministerium. Bis 1992 war das System zur Kontrolle der radioaktiven Belastung der Lebensmittel praktisch nur eine Angelegenheit der Behörden. [20]*
62. Im Jahr 1991 hatten behördliche Messstellen in den strahlenbelasteten Gebieten, die überwiegend in Betrieben der Landwirtschaft, in Produktionsbetrieben und in Ämtern untergebracht waren, sowohl bei der staatlichen als auch insbesondere der privaten Produktion von Lebensmitteln Überschreitungen der Grenzwerte festgestellt. Deshalb sollte auf Anordnung des Obersten Sowjet der Republik Belarus das staatliche Tschernobyl-Komitee in den Belastungsgebieten lokale Strahlenkontrollzentren schaffen, welche angegliedert an das örtliche Bürgermeisterramt von Bürgern gewünschte Lebensmitteluntersuchungen durchführten.
63. Prof. Nesterenko führt weiter aus: *Im September 1991 beauftragte das Staatliche Tschernobyl-Komitee das Institut für Strahlensicherheit Belrad, den Aufbau eines Netzes der lokalen Strahlenkontrollzentren und ihren dauerhaften Betrieb zu organisieren. Bis 1993 wurden über 500 Strahlenmesstechniker unter den lokalen Einwohnern der betroffenen Bezirke für die Arbeit in den Strahlenkontrollzentren ausgebildet. Im Institut wurde ein hochempfindliches Strahlenmessgerät RUG-92 entwickelt und wird serienmäßig produziert. Bisher (Hinweis: bis 1995) wurden in den 40 durch die Tschernobyl-Katastrophe betroffenen Landkreisen 370 lokale Strahlenkontrollzentren geschaffen. [20]*
64. 1995 erklärt Prof. Nesterenko: *„Wie man sehen kann, wird in der Republik Strahlenschutz für die Bevölkerung gewährleistet, es ist ein staatliches und ein gesellschaftliches Strahlenmonitoring-System für die Umwelt und für Lebensmittel etabliert.“ [20]*

Dann berichtet Nesterenko, dass ab dem Jahr 1994 die staatlichen Finanzmittel zunehmend gekürzt wurden und die Fluktuation seiner Mitarbeiter sehr zu steigen begann.

65. Am 09.03.1992 wendet sich Prof. Nesterenko mit einem Schreiben zur Entwicklung der Atomenergie in Belarus an den Vorsitzenden des Ministerrates der Republik Belarus, W. F. Kebitsch. Aus dem langen Schreiben mit vielen technischen Details werden nachfolgend die wesentlichen Auszüge (kursiv gedruckt) wiedergegeben:

66. *Energieversorgung der Republik Belarus*

Die vollständige energetische Abhängigkeit unserer Republik von den Brennstoff- und Energieressourcen Russland ist bekannt....

Noch viel Jahre werden die Einwohner der Republik die Atomenergie psychologisch nicht akzeptieren, das Tschernobyl-Syndrom ist berechtigt....

Allerdings ist die weitere Entwicklung der Energetik in Belarus ohne Bau von Atomkraftwerken zur Versorgung mit Wärme und Strom nicht möglich....

Für die Zukunft der Entwicklung der Energetik in Belarus wäre es in dieser Beziehung zweckmäßig, einen Anspruch auf 45 bis 50 Kernanlagen der Atom-U-Boote zu erheben....

Allerdings muss man bei der Festlegung der Strategie der Atomenergieentwicklung in Belarus eine ungünstige soziale Wahrnehmung der Idee des Baus eines AKWs auf dem Territorium der Republik Belarus von Seiten der Bevölkerung nach der Tschernobyl-Katastrophe, Misstrauen gegen die Sicherheit von AKWs und die Möglichkeit deren sicheren Einsatzes berücksichtigen....

Für die nächsten 10 Jahre besteht nach dem Bau von AKWs zur Wärmeherzeugung und der Beherrschung der Technologie des Baus von AKWs eine objektive Notwendigkeit, ein Atomkraftwerk mit einer Leistung von 1,0-1,5 Millionen kW zu bauen....

In Belarus gab es in der Akademie der Wissenschaften das Institut für Atomenergie, das über ein qualifiziertes Personal verfügte, das die Durchführung der Arbeiten unter allen Aspekten der Errichtung von AKWs, Bestimmung des Standorts für den zukünftigen Bau eines AKWs und des Typs des Reaktors, Kontrolle der Qualität der Baumaßnahmen, Montage und eine sichere Arbeit von AKWs gewährleisten konnte. Die Teilung des Instituts für Atomenergie in drei Institute im Jahre 1991, die sich mit Einzelproblemen beschäftigen, war fehlerhaft....

Laut Statut der Akademie der Wissenschaften der Republik Belarus bin ich zum Mitglied der Akademie für Fragen der Atomenergie gewählt worden.

Seit den ersten Tagen der Tschernobyl-Katastrophe 1986 arbeite ich am Problem der Linderung der Folgen dieses Reaktorunfalls und halte es für meine Pflicht, Vorschläge zur Entwicklung der Atomenergie in Belarus zu machen.

W. B. Nesterenko [21]

Daraus ersieht man bereits, dass Prof. Nesterenko dem Neubau von AKWs nicht abgeneigt ist, ganz anders, als die atomkritischen Ärzte der Schweiz meinen, siehe vorne Ziff. 48.

67. In der Folge dieses Schreibens hat die neu strukturierte belorussische Atomenergiekommission der Regierung die Konzeption der Entwicklung der Atomenergie

in Belarus vorgelegt. Im Jahre 1994 wendet sich Prof. Nesterenko wieder in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten von Belarus und erläutert seine Konzeption der Entwicklung der Atomenergetik in der Republik Belarus (Auszüge, kursiv gedruckt) [22]:

*Betrifft: Konzeption der Entwicklung der Atomenergetik in der Republik Belarus
In der (Hinw.: von der Atomenergiekommission vorgelegten) Konzeption wurde der für die Republik wichtigste Bereich nicht berücksichtigt – Wärmeversorgung der Städte aus Atomquellen der Wärmeversorgung....*

Es wird vorgeschlagen, auf der Basis der Wasser-Wasser-Atomreaktoren des Typs WM Projektentwürfe für Atomwärmeversorgungsleitungen von Mogilow, Gomel, Brest und anderen Städten auszuarbeiten.

Wegen meiner früheren Arbeit im Institut für Atomenergetik der Akademie der Wissenschaften der Republik Belarus ist mir die ganze Kooperation der Organisationen bekannt, die an der Errichtung von Atomergieanlagen mit den Reaktoren des Typs WM teilnehmen. Es ist sehr wichtig, schon in diesem Stadium die Strahlensicherheit eines AKWs neuen Typs ausführlich auszuarbeiten.

Das Institut für Strahlensicherheit Belrad ist bereit, den Auftrag der Regierung zur Vorbereitung der technischen und wirtschaftlichen Begründung für die Errichtung von AKWs einer neuen Generation mit sicheren Reaktoren des Typs WM anzunehmen.

Das Institut ist auch bereit, Vorschläge zur Gewährleistung der Sicherheit neuer AKWs und zur Kooperation bei der Lieferung der Ausrüstungen für die Errichtung neuer AKWs in Belarus zu machen.

Ich warte auf Ihre Aufträge.

Institut für Strahlensicherheit

W. Nesterenko

68. Für Prof. Nesterenko und seine Firma sind Strahlensicherheit, Strahlenschutz, Einsatz für die Linderung der Tschernobyl-Folgen und Unterstützung der betroffenen Bevölkerung einerseits und das aktive Eintreten für den Ausbau der Atomenergie in Belarus unter seiner Leitung oder Mitwirkung andererseits keine sich ausschließenden Gegensätze. Auch Siemens, Cogema, Framatom und EdF haben große Abteilungen für Strahlenschutz und Strahlensicherheit, und sie unterstützen auch Initiativen mit Tschernobyl-Hilfsprojekten.
69. Wenn Prof. Nesterenko wirklich, wie dies seine Anhänger glauben, die Atomenergie prinzipiell ablehnen würde, weil sie der Bevölkerung untragbare Risiken aufbürdet, müsste er dies längst in Belarus wiederholt in wohl begründeten Schreiben und mit seinen Vorschlägen für Alternativen an die Regierung – z. B. für die Entwicklung regenerativer Energiequellen – geschrieben und in öffentlichen Schriften verkündet haben. Bekanntlich gibt es solche schriftlichen Erklärungen nicht.

Er müsste, wenn er die Atomenergie ablehnen würde, die belorussische Öffentlichkeit bei öffentlichen Veranstaltungen unter Hinweis auf Tschernobyl vor den Gefahren dieser Technologie warnen: Er tut dies nicht.

Er und seine ihn mit Geld und Engagement unterstützenden Anhänger müssten sich in Belarus längst im Rahmen einer konstruktiven Anti-AKW-Bewegung aktiv für erneuerbare Energien und für Maßnahmen gegen Energieverschwendung

einsetzen und der Bevölkerung mit Modellprojekten die Zukunftschancen und Rentabilität dieser neuen Technologien vor Augen führen: Er und sie tun dies nicht.

Andere westliche Organisationen, die der Atomenergie erkennbar und offen kritisch gegenüber stehen, haben in Belarus seit Jahren solche Projekte regenerativer Energieerzeugung wie Windkraft (Heim-statt-Tschernobyl), Photovoltaik und Thermosolaranlagen (Vorarlberg hilft Strahlenopfern) oder ein 300 kVA Blockheizkraftwerk mit natürlichem Rapsöl als Treibstoff (Otto Hug Strahleninstitut) realisiert.

70. In Belarus läuft gegenwärtig noch ein 10-jähriges Moratorium der Nichtbefassung mit der Atomenergiefrage. Die Bevölkerung und die Energietechniker wissen viel zu wenig über Alternativen. Sollte es in wenigen Jahren zur Entscheidung zugunsten der Einführung der Atomenergie kommen - wofür sich auch viele der Kollegen Nesterenkos aus dem Atomzentrum Sosni einsetzen - wollen sich wohl alle geeigneten Firmen am lukrativen Atomgeschäft beteiligen.

Es gilt dann, die Strahlensicherheit eines AKWs neuen Typs ausführlich auszuarbeiten. Das Institut für Strahlensicherheit Belrad ist bereit, heißt es in dem genannten Schreiben, den Auftrag der Regierung zur Vorbereitung der technischen und wirtschaftlichen Begründung für die Errichtung von AKWs einer neuen Generation mit sicheren Reaktoren des Typs WM anzunehmen. Das Institut sei auch bereit, Vorschläge zur Gewährleistung der Sicherheit neuer AKWs und zur Kooperation bei der Lieferung der Ausrüstungen für die Errichtung neuer AKWs in Belarus zu machen.

Die Chance und Aussicht auf eine Beteiligung am lukrativen Atomgeschäft ist für eine Firma wohl ein triftiger Grund, in Belarus nicht als Gegner der Errichtung von Atomkraftwerken in Erscheinung zu treten.

Warum sollte Prof. Nesterenko aber heute seine westlichen Sponsoren und Unterstützer seiner Pektinkuren verprellen? Pektinkuren und Atomenergie sind für ihn kein Gegensatz:

Wie schreibt Nesterenko an die Belorussische Regierung: *Seit den ersten Tagen der Tschernobyl-Katastrophe 1986 arbeite ich am Problem der Linderung der Folgen dieses Reaktorunfalls und halte es für meine Pflicht, Vorschläge zur Entwicklung der Atomenergetik in Belarus zu machen [21].*

71. In dem in Frankreich im Jahre 2004 erschienenen Buch „Die Stille um Tschernobyl“ („Les silences de Tchernobyl“) berichtet Prof. Nesterenko in einem Interview mit Galia Ackermann über die von ihm entwickelten kleinen Atomkraftwerke „Pamir“:

„Als die Tschernobyl-Katastrophe geschah, gab es eine Fabrik in Minsk, die gerade beginnen wollte, meine mobilen Atomzentralen zu bauen. Geplant waren 20 Zentralen pro Jahr. Für mich hatte dieses Projekt eine enorme Bedeutung, die sich nicht auf die militärische Nutzung beschränkte. Im Jahr 2000 war ich von offizieller Seite in Russland kontaktiert worden: Angesichts des Mangels an Energie im hohen Norden Russlands, wo ganze Gebiete im Winter ohne Heizungen auskommen mussten, hat man mir vorgeschlagen, ein neues Team von Spezialisten zusammenzustellen, um mobile Zentralen zu konstruieren, die den

weit vom Zentrum entfernten russischen Städten Elektrizität liefern könnten. Stellen Sie sich vor: Eine Atomzentrale, die sich mit einigen Helikoptern transportieren lässt.“ [13]:

Mit welcher Begeisterung berichtet hier Nesterenko im Jahre 2004 von seinen Atomzentralen! Würde das russische Atomministerium Minatom bei Prof. Nesterenko nachfragen, den Bau seiner Atomzentralen wieder aufzunehmen, wenn es sich in Belarus, Russland und Ukraine schon herumgesprachen hätte, dass er zum Atomkraftgegner mutiert ist?

72. Auf Initiative Frankreichs, der sich inzwischen der Großteil der EU-Staaten angeschlossen hat, wurde das CORE-Programm ins Leben gerufen: **Cooperation zur Rehabilitation der Lebensbedingungen in durch Tschernobyl betroffenen Gebieten in Belarus**. Gegenwärtig sind 15 Europäische Staaten und UN-Organisationen, 5 international tätige NGOs und 4 Landkreise von Belarus Träger des CORE-Programms [8]. Im CORE-Programm werden in vier besonders durch Tschernobyl betroffenen Landkreisen in Belarus (Stolin, Bragin, Tschetschersk und Slavgorod) inzwischen zahlreiche kleinere und größere Projekte durchgeführt, in die Gruppen, Organisationen, auch staatliche Einrichtungen und Teile der ansässigen Bevölkerung als Partner einbezogen sind. Ziel soll sein, in beliebigen Bereichen des Lebens z. B. Kultur, Schule, Kleingewerbe, Medizin, Musik, Krankenpflege, Gartenbau usw. gemeinsam mit Einheimischen Lebensinitiativen und vorwärts gerichtete Aktivitäten zu entwickeln und dadurch zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen „Rehabilitation“ in diesen Gebieten beizutragen.

Es ist kein Geheimnis, dass im CORE-Programm französische Partner stark vertreten sind und Frankreich mit einem großen Personalaufgebot Erfahrungen gewinnen will, welche Probleme nach einem großen Atomunfall auf die Bevölkerung zukommen und wie man ihnen begegnen kann. Auch ist sich die französische Regierung darüber im Klaren, dass bei der großen Zahl von Atomanlagen die Gefahr eines SuperGAUs in Frankreich deutlich größer ist als in Spanien oder Finnland. Nach einer anfänglichen Ignoranz der Folgen von Tschernobyl für Frankreich wurden inzwischen doch Lehren gezogen (z. B. bei der Verteilung von Jodtabletten), die weiter gehen als dies in Deutschland der Fall ist.

Es gibt bei CORE einen allgemeinen Finanzierungstopf sowie ein spezifisches Sponsoring, wenn einem Sponsor an der Durchführung eines bestimmten Projekts gelegen ist. Es gibt einige Projekte, die von französischer Seite finanziell sehr gut ausgestattet werden.

73. Gemeinsam mit seinem International Charity House Belrad hat Prof. Nesterenko mit seiner Firma Institut für Strahlensicherheit Belrad ebenfalls ein Projekt bei CORE zur Finanzierung eingereicht. Weitere Partner sollen der französische gemeinnützige Verein „Die Kinder von Tschernobyl Belarus“ und wieder das Forschungszentrum Jülich sein.

Projekt-Titel: *Verminderung der Strahlendosis für die Bevölkerung in den Landkreisen Bragin, Tschetschersk und Slavgorod durch Strahlungskontrolle, ununterbrochene radioökologische Ausbildung und praktischen Strahlenschutz*. Für das Projekt, das 4 Jahre laufen soll, werden 336 900 Euro beantragt. [9]

74. Die Projektanträge bei CORE werden von Gutachtern beurteilt, in einem Projekt-Beratungskomitee diskutiert und dann dem Genehmigungsausschuss vorgelegt. Dieses Procedere muss jeder CORE-Antrag durchlaufen. Das Projekt von Prof. Nesterenko ist im Februar 2005 gemäß den Regeln für Anträge bei CORE von drei Gutachtern bewertet worden. Auszüge daraus werden nachfolgend kursiv gedruckt wiedergegeben [9]:
75. **Gutachter A:** *Die Ziele des Projekts sind nicht konkret. Es sollen in 10 Ortschaften neue Strahlenkontrollzentren errichtet werden mit der Durchführung von Ganzkörpermessungen an je 100 Kindern in 10 „kritischen“ Ansiedlungen.aber nur in einer völlig unbedeutenden Zahl von relativ großen Ortschaften leben überhaupt 100 Kinder, und diese Orte gehören gar nicht zu den besonders problematischen....*
Nach meiner Auffassung müssen die Untersuchungen angesichts der sehr hohen Projektkosten vielfältig sein. Sie sollten sich nicht allein auf den Verkauf des Präparats Vitapect beschränken, das von den Planern des Projekts selbst produziert wird. Daneben ist der Kauf einer solchen Zahl von Ganzkörperzählern unvernünftig, weil eine Reihe regionaler medizinischer und republikanischer wissenschaftlicher Einrichtungen eine ausreichende Anzahl solcher Geräte zur Durchführung der Messungen besitzt. [9]
76. **Gutachter B:** *Wissenschaftlich gesehen sind mehrere Punkte des Projekts unbegründet. ... Es gibt keine Notwendigkeit, irgendwelche Präparate oder Ergänzungsstoffe zu verabreichen, die unabhängig davon nicht effektiv genug sind für eine Ausschleusung von Radionukliden, die Verminderung der Strahlendosis wird 10 % nicht übersteigen. ...Der Ansatz, die Effektivität der durchgeführten Arbeit mit Hilfe von je 3 Elektrokardiogrammen (EKG) bei 4 Kindern zu testen, ist aus klinisch-medizinischer Sicht methodisch unkorrekt. Das Elektrokardiogramm alleine ist kein Hinweis auf den Gesundheitszustand einer Person, der von vielen Faktoren abhängt, und kann es auch nicht sein. ...Der Plan, die Daten des Elektrokardiogramms zum Hauptkriterium der Erfolgskontrolle zu machen, ist leider auch der Beweis für die berufliche Inkompetenz des Initiators des Projekts....*
Nach meiner Auffassung ist Vetternwirtschaft bei der Ausführung eines jeden Projekts unethisch. Nesterenko Junior ist der federführende Antragsteller, Nesterenko Senior ist Koordinator und Ausführer des Hauptteils: des Strahlenmonitorings. Die Bezahlung allein dieses Anteils beträgt nach dem Finanzplan 87900 Euro, das sind 25 % des geforderten Budgets...
Der Direktor des Unternehmens Institut für Strahlensicherheit Belrad, W. B. Nesterenko hat ähnliche Anträge bereits an das Gesundheitsministerium, an das Staatskomitee für Tschernobyl-Fragen, an den Ministerrat und an die Präsidentenverwaltung gestellt. ...Eine spezielle Arbeitssitzung, die der Schutzwirkung der Pektine gewidmet war, wurde Ende 2004 in der Akademie der Wissenschaften mit den Spezialisten aller Fachgebiete, die das betreffen konnte, abgehalten. Als Ergebnis der ausführlichen Diskussion, ob ein „Pektinschutz“ empfohlen werden könne, wurde eine negative Schlussfolgerung gegeben. Ich betrachte den neuen Versuch der Nesterenkos, jetzt im Rahmen des CORE-Programms ihre Ideen durchzudrücken, für zumindest unhöflich. [9]

77. **Gutachter C:** *Bei der Durchführung der Ganzkörper-Messungen von März bis Juli in jedem Jahr wird es unmöglich sein, die durchschnittliche jährliche Akkumulation der Radionuklide im Organismus der Kinder korrekt zu ermitteln. Die Notwendigkeit, vier Ausbildungskurse und die zugehörigen Handbücher zu den verschiedenen Aspekten der Strahlensicherheit auszuarbeiten, ist nicht angemessen begründet. Denn inzwischen gibt es zahlreiche Unterrichtsmaterialien aus nationalen und internationalen Programmen, sogar innerhalb des CORE-Programms....*
Die Mittelanforderungen für die Ausführung des Projekts sind exzessiv. Es sollen 72 000 Euro für die Schaffung und den Unterhalt eines Web-Portals ausgegeben werden, für insgesamt 8 Monate Arbeit. Zum Vergleich: Das Staatskomitee für Tschernobyl-Fragen hat im Jahr 2003 für ihre Website 3000 \$ bezahlt und gibt jährlich 150 \$ für Server und Pflege der Website aus. ... Es ist nicht erklärt, welche einzelnen Spezialisten die 15 (Hinw.:beantragten) Mobiltelefone und 5 Modems benutzen sollen.... Ferner ist kein Grund ersichtlich, nach 2 Jahren die Hälfte der Computertechnik und der Kommunikationseinrichtungen zu erneuern.
[9]
78. Frankreich findet zunehmend Gefallen an den Pektinen. Dem französischen Landwirtschaftsministerium käme es nicht ungelegen, wenn man Pektinen eine gewisse Strahlenschutzwirkung zuschreiben könnte. In Frankreich regt sich langsam Unbehagen wegen der vielen Atomkraftwerke. Es käme der Regierung sehr entgegen, wenn man der Bevölkerung die Pektine als Strahlenschutzsubstanz „vermitteln“ könnte. Auf die tatsächliche Schutztiefe käme es dann vielleicht gar nicht so an. Ein allgemeiner Volksglaube an die Wirkung der Pektine hätte – unabhängig von den wissenschaftlichen Fakten - zur Folge, dass die durch Atomkraftwerke hervorgerufene Bedrohungsempfindung und damit der Druck, aus dieser Technologie auszusteigen, spürbar nachließe.
79. Dadurch ergibt sich die paradoxe Situation, dass die gutgläubigen Anhänger der Pektine von Prof. Nesterenko, die sich wohl alle dem atomkritischen Lager zurechnen, in der Bevölkerung zum wissenschaftlich unbegründeten, aber faktischen Nimbus der Strahlenschutzwirkung der Pektine beitragen und damit die Laufzeitverlängerung, ja sogar den Neubau von Atomkraftwerken unterstützen. Denn die Betreiber und die Regierungen, die am Fortbestand und am Ausbau der Atomenergie interessiert sind, können dann der Bevölkerung einreden, im Falle eines neuen SuperGAUs bräuchten sie ja nur die strahlenschützenden Pektine einzunehmen.
80. Die Analyse zu den Hintergründen der Kampagne gegen den Internationalen Tschernobyl-Kongress in Feldkirch hat unerwartete Fakten und Zusammenhänge zu Tage gefördert. Es hat sich gezeigt, dass eine Gruppe von Journalisten gemeinsam mit einigen Akteuren im Hintergrund versucht hat, mit unwahren und diffamierenden Behauptungen den Kongress und Veranstalter zu diskreditieren. Es wurde offenkundig, dass es den Akteuren dieser Kampagne in Wirklichkeit um etwas anderes geht: Probleme und das Leid der Tschernobyl-Opfer werden dazu benutzt, um handfeste, auch wirtschaftliche Interessen, durchzusetzen. Zusätzlich stellt sich heraus, dass die gut gemeinte Unterstützung zahlreicher Hilfs-Initiativen für die Menschen der strahlenbelasteten Regionen de facto dazu

beiträgt, die Strahlenprobleme nach einem SuperGAU zu relativieren, ja zu verharmlosen, und die weitere Nutzung einer risikoreichen Atomtechnologie begünstigt. Um so wichtiger ist es, dass bei dem Tschernobyl-Kongress in Feldkirch über die ganze Bandbreite der Probleme nach dem SuperGAU in Tschernobyl ungeschönt berichtet wird.

Quellenverzeichnis

1. Außenministerium der Republik Belarus, Mitteilung vom 30.01.2006 zum Gerichtsurteil in Sachen Juri Bandaschewski
2. Berger, Jutta: Tschernobyl-Gedenken: Ämter sind alarmiert. Der Standard, Wien, 20.01.2006
3. Berger, Jutta: Kongress über Tschernobyl verschoben. Mediale Kritik wegen Mitorganisatoren. Der Standard, Wien, 31.01.2006
4. Boos, Susan, Chefredakteurin der WOZ Wochenzeitung Zürich, 12.01.2006
5. Botschaft der Republik Belarus in der Bundesrepublik Deutschland, Pressemitteilung vom 10. Januar 2002
6. Cavelius, Alexandra: Tod dem Teddybär. Süddeutsche Zeitung - Magazin, München, 20.04.2001
7. Cavelius, Alexandra: Schreiben vom 01.06.2001
8. CORE: Cooperation for Rehabilitation of Living Conditions in Chernobyl Affected Areas in Belarus. Declaration of Principles, Minsk 2003
9. CORE: Cooperation for Rehabilitation of Living Conditions in Chernobyl Affected Areas in Belarus; Project Proposals, April 2005
10. Europäische Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik, Zürich, Schreiben vom 17.01.2006 wegen Ausscheiden aus der Veranstaltergruppe
11. Frischknecht, Jürg: Verstrahlte Lieblinge. WOZ Die Wochenzeitung, Zürich, 12.01.2006
12. Gesundheitsministerium der Republik Belarus, Offizielle Erklärung vom 27.12.1999
13. Grandazzi, G. und Lemarchand, F.: Les silences de Tchernobyl. Editions Autrment – Collection Mutations n° 230, Paris, 2004
14. Herbstreith & Fox: Pektine in der vorbeugenden Ernährung und Heilnahrung, Neuenbürg, 1997
15. Hill, P., Schläger, M., Vogel, V., Hille, R., Nesterenko, A. V. und Nesterenko, V. B.: Studies on the current ¹³⁷Cs body burden of children in Belarus – Can the dose be further reduced?
Manuskript zum Poster-Beitrag am European Workshop on individual monitoring of ionising radiation, Atomforschungszentrum Seibersdorf, Wien, 11-15 April 2005
16. Hippokratische Gesellschaft Schweiz, Zürich, Schreiben vom 17.01.2006 wegen Ausscheiden aus der Veranstaltergruppe
17. Kennedy, J.: Carbohydrate Chemistry. Oxford Science Publications, 1988
18. Maier Manfred, Theater- und Schreibwerkstatt PreTe, Genua, Schreiben an den Kongresspräsidenten Prof. Lengfelder vom 18.01.2006
19. Maier Manfred, Theater- und Schreibwerkstatt PreTe, Genua, Schreiben an den Kongresspräsidenten Prof. Lengfelder (Rundschreiben) vom 26.01.2006

20. Nesterenko, W. B.: Die bittere Wahrheit über die Folgen der Katastrophe von Tschernobyl in Belarus, (Zum zehnten Jahrestag der Katastrophe des Unglücks im AKW von Tschernobyl), Minsk, 1995
21. Nesterenko, W. B.: Schreiben an den Vorsitzenden des Ministerrates, 09.03.1992, Az B1-250
22. Nesterenko, W. B.: Schreiben an den Vorsitzenden des Ministerrates, 31.01.1994, Az B1-77
23. PSR-News, IPPNW Schweiz, Atomstrom und Strahlensrisiko, Band 2, 1999
24. PSR-News, IPPNW Schweiz, 6/2000
25. PSR/IPPNW Jahresbericht 9 (2003/2004), 2004
26. Stamm, Hugo: Mitarbeiter der Deza nehmen an einem Tschernobyl-Kongress teil, bei dem VPM-Anhänger die Fäden ziehen. . . . Tagesanzeiger, Zürich, 20.01.2006
27. Stamm, Hugo: Tschernobyl-Kongress geplatzt. Tagesanzeiger, Zürich, 30.01.2006